

Die Ecke

Wir lockern jetzt

Schultern kreisen. Arme nach vorn strecken und Bauch einziehen. Arme hinterm Kopf verschränken und nach hinten lehnen. (ema)

Neue Initiative für durchgehenden Seeuferweg

Zürichsee Es ist die Geschichte eines gescheiterten Kompromisses – zumindest aus der Optik des Vereins «Ja zum Seeuferweg». Dessen Initiative «Zürisee für alli» schien so erfolgversprechend, dass der Kantonsrat 2015 mit einem Gegenvorschlag reagierte. Die Initianten zogen ihren Vorstoss zurück. Fortan sollten jährlich 6 Millionen Franken in Uferwege fliessen.

Doch seither wurden nur gerade 180 Meter Seeuferweg in Horgen gebaut. Es fehle an ausgereiften Projekten, sagt der Regierungsrat. Es fehle am Willen, sagt Links-Grün. Deshalb nimmt der Uferweg-Verein zusammen mit der EVP einen zweiten Anlauf. Im Initiativkomitee sitzen Personen aus SP, GLP, Grünen, EVP und Naturverbänden.

Trottoir ist kein Uferweg

Die Initiative will die Ufer der Gewässer besser zugänglich machen und ökologisch aufwerten, wie Alt-SP-Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg erklärte. Am Zürichsee soll bis 2050 ein durchgehender Seeuferweg erstellt werden, der nahe am Ufer verläuft und die öffentlichen Seezugänge verbindet. Ein Trottoir entlang der Seestrasse als Uferweg sei «inakzeptabel».

Auch EVP-Kantonsrat Tobias Mani ist der Geduldsfaden gerissen. Es brauche jetzt einen Auftrag des Volks. SP-Kantonsrat Jonas Erni nannte den Stillstand einen Skandal. Gemäss Bundesrecht seien die Seeufer öffentliche Räume. «Wo ein Wille ist, ist auch ein Seeuferweg.» Die Mehrheit sieht Erni zugunsten einer privilegierten Minderheit von Villenbesitzern enteignet.

Auftritt von Ruth Genner

Als Präsidentin der Zürcher Wanderwege meldete sich die ehemalige Zürcher Stadträtin Ruth Genner (Grüne) auf dem politischen Parkett zurück. Sie verglich die Gewässerufer mit Berggipfeln. Beide sollten für das Erlebnis der Natur und Jahreszeiten allgemein zugänglich sein, sagte sie. Alt-GLP-Nationalrat Thomas Weibel unterstützt die Initiative als Präsident von Aqua Viva und strich die im Vorstoss geforderten Massnahmen zur Renaturierung der Ufer heraus.

Bis zum 28. November braucht es mindestens 6000 Unterschriften für die Initiative. «Das schaffen wir sicher», sagte Komitee-Präsidentin Gerber Rüegg. Schwieriger wird der anschließende politische Prozess, der spätestens 2024 mit einer Volksabstimmung endet – ausser es kommt zu einem erneuten Gegenvorschlag im Kantonsrat. Oder werden sich die Initianten als «gebrannte Kinder» kein zweites Mal auf einen Deal einlassen? «Wir wollen eine gute Lösung», sagte Gerber Rüegg ausweichend. Co-Präsident Mani antwortete: «Wir geben uns sicher nicht mit einem Spatz in der Hand zufrieden.»

Christian Dietz-Saluz